

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 2/2003

Sitzung vom 5. Februar 2003

179. Dringliche Anfrage (Ausbildung von entlassenen Lehrlingen)

Die Kantonsrätinnen Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, und Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, sowie Kantonsrat Peter Reinhard, Kloten, haben am 6. Januar 2003 folgende dringliche Anfrage eingereicht:

Wie aus der Presse zu vernehmen war, haben 51 Lehrlinge der Firma Gretag Imaging AG in Regensdorf ihre Stelle verloren. Die Firma Gretag verfügt über ein gutes Ausbildungszentrum mit einer intakten Infrastruktur, bildet seit 30 Jahren Lehrlinge aus und ist als erstklassige Ausbildungsstätte bekannt. Von der Kündigung betroffen sind Elektronik-, Polymechanik-, Informatik-, KV- und zwei Koch-Lehrlinge. Ihnen wurde am 26. Dezember 2002 ohne Vorankündigung gekündigt, nachdem die Firma Konkurs anmelden musste. Diese Lehrlinge stehen nun auf der Strasse, ohne Januar-Lohn und ohne Perspektiven. Es ist nicht das erste Mal, dass Lehrlinge so kurzfristig ihre Stelle verlieren, und es sieht so aus, als würde es auch in Zukunft noch mehr solcher Fälle geben.

Aus diesem Grund bitten wir den Regierungsrat, die folgenden Fragen dringlich zu beantworten:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis bekommen von der Kündigung der Firma Gretag AG an 51 Lehrlinge?
2. Was gedenkt der Regierungsrat als Verantwortlicher der Berufsausbildungen für die entlassenen Lehrlinge zu tun? Könnte er sich vorstellen, das Ausbildungszentrum der Firma Gretag in irgendeiner Form zu übernehmen, weiterzuführen oder wenigstens finanziell zu unterstützen?
3. Hat sich der Regierungsrat unabhängig vom Fall Gretag bereits Gedanken gemacht, wie in Zukunft Lehrlinge ausgebildet werden sollen, wenn es in nächster Zukunft immer wieder zu Entlassung von Lehrlingen kommen sollte und keine anderen Firmen bereit sind, diese zu übernehmen, oder wenn immer mehr Firmen gar keine Ausbildungsplätze mehr anbieten können oder wollen?
4. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass gerade in der heutigen Zeit gut ausgebildete Fachleute dringend notwendig sind und somit alles getan werden muss, damit angefangene Berufslehren nicht durch schlechte Wirtschaftslagen gefährdet werden?

5. Die Berufslehre mit oder ohne Berufsmatura ist der meistgewählte Ausbildungsweg und für die Mehrheit der Jugendlichen der richtige. Wie kann der Regierungsrat garantieren, dass dieser Ausbildungsweg ohne Unterbruch möglich ist, wie dies beim akademischen der Fall ist?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die dringliche Anfrage Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, Karin Maeder-Zuberbühler, Rüti, und Peter Reinhard, Kloten, wird wie folgt beantwortet:

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Betriebsschliessung der Gretag Imaging AG (Gretag) nahm die Abteilung Lehraufsicht beim Mittelschul- und Berufsbildungsamt im Hinblick auf die Entlassung der betroffenen Lehrlinge Kontakt mit den Verantwortlichen der Gretag auf. Anlässlich der Zusammenkunft vom 6. Januar 2003 mit Vertretern der Gretag, der Konkursverwaltung, der Gemeindeverwaltung Regensdorf, der Wirtschaft und den zuständigen Berufsinspektoren wurde der sofortige Einsatz einer Task-Force für die Neuplatzierung der Lehrlinge beschlossen, der u.a. auch Vertreter der Swissmechanic und der Arbeitsgemeinschaft der Lehrlingsverantwortlichen in der Maschinen- und Elektroindustrie des Kantons Zürich (ALMEZ) angehören. Dank intensiver Vermittlungsbemühungen ist es dieser Task-Force innert kurzer Zeit gelungen, für sämtliche betroffenen 58 Lehrlinge und Lehrlingsanwärter über 100 Ersatzlehrstellen in der Privatwirtschaft zu offerieren. Mit Schreiben vom 14. Januar 2003 an sämtliche Lehrlinge und deren Eltern konnte die Lehraufsicht über das weitere Vorgehen detailliert informieren und die Adressen der neuen Lehrbetriebe in der Region und im Kanton bekannt geben. Sämtliche Lehrlinge haben auf diese Weise rasch eine neue berufliche Perspektive erhalten und können damit rechnen, bald eine neue, sichere Lehrstelle zu finden.

Inzwischen haben die Initianten für die Fortführung des Ausbildungszentrums der Gretag mit neuer Trägerschaft und staatlicher Unterstützung ihren Plan fallen gelassen. Der Staat kann die Lehrfirmen bei der Lehrlingsausbildung unterstützen. Er kann mit seiner Lehraufsicht Neuplatzierungen ermöglichen. Hingegen ist eine staatliche Finanzierung der betrieblichen Ausbildung oder gar eigener Ausbildungszentren nicht möglich und auch nicht erforderlich.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen besteht für den Staat keine Veranlassung, im Hinblick auf künftige Entlassungen von Lehrlingen ein eigenes Auffangnetz zu erstellen und zu finanzieren. In der letzten Rezession zu Beginn der Neunzigerjahre wie auch nach dem Zusam-

menbruch der Swissair hat die Privatwirtschaft immer wieder grössere Lehrplatzverluste durch Schaffung neuer Lehrstellen wettgemacht. So wurden in den letzten Jahren rund um den Standort der Gretag verschiedene Ausbildungszentren geschaffen. Seit 1992 bestehen in Zürich-Oerlikon, Baden, Birr und Pratteln Lernzentren in Vereinsform, die aus den ehemaligen Lernzentren der ABB entstanden sind. Sie werden durch die Mutterfirma ABB und rund 14 weitere Firmen als Vereinsmitglieder finanziert. Durch die Herauslösung der Lehrlingsausbildung aus dem Konzern ist die Lehrlingsausbildung nicht mehr im gleichen Masse den wirtschaftlichen Schwankungen der Mutterfirma ABB unterworfen wie früher. Seit 1999 besteht in Au (Wädenswil) das regionale Ausbildungszentrum Au (RAU). Dieses ist ebenfalls als Verein konstituiert, erhielt die Startfinanzierung durch die Alcatel AG und wird heute durch über 20 Firmen, verschiedene Branchenverbände und die umliegenden Gemeinden als Vereinsmitglieder finanziert. Seit 2002 besteht in Winterthur das Ausbildungszentrum Winterthur (azw). Es erhielt die Startfinanzierung durch die Sulzer Markets and Technology AG. Die laufende Finanzierung erfolgt durch die Mutterfirma und durch zehn kleinere Firmen aus der Region als Vereinsmitglieder. Der Aufbau solcher Zentren erfordert umfangreiche Vorabklärungen (Bedürfnisanalyse, nachhaltige Finanzierbarkeit usw.) und dauert von der Idee bis zur Eröffnung zwischen anderthalb bis drei Jahre. Die drei erwähnten Zentren bilden Berufe vorwiegend im Maschinenbau aus. Sie suchen weitere Vereinsmitglieder und decken zusammen mit den noch bestehenden firmeneigenen Lehrwerkstätten (z. B. Siemens Schweiz AG, SR Technics, Landert-Motoren AG usw.) das Angebot im Kanton vollumfänglich ab.

Lediglich bei den Informatikern, die mehr als andere Berufe von der konjunkturellen Entwicklung abhängig sind, musste im Sommer 2002 mit staatlicher Finanzierung eine Zwischenlösung für stellenlose Informatiker-Lehrlinge in der Region Uster gefunden werden, indem die Zürcher Lehrmeisterversammlung für Informatikberufe (ZLI) sämtliche stellenlosen Lehrlinge in ein bis Sommer 2003 befristetes Basislehrjahr 2 übernahm.

Gut ausgebildete Fachleute bilden nach wie vor die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz. Gegenwärtig ist in der Wirtschaft eine sinkende Ausbildungsbereitschaft festzustellen, im Wesentlichen nicht wegen der gegenwärtigen Reformvorhaben, z. B. im KV- und im Informatikbereich, sondern wegen der unsicheren zukünftigen Wirtschaftsentwicklung. Im Ausgleich dazu sind die Bemühungen zu verstärken, weitere Ausbildungsbetriebe zu gewinnen. Hinsichtlich Lehrbeginn August 2003 werden durch die zuständigen Amtsstellen

entsprechende Massnahmen geplant. Auch wenn schlechte Wirtschaftslagen, Strukturveränderungen und andere Gründe immer wieder zum Verlust von Lehrstellen führen, ist es der kantonalen Lehraufsicht bisher in allen Fällen gelungen, stellenlosen Lehrlingen wieder neue Lehrstellen zu vermitteln und ihnen so den erfolgreichen Abschluss angefangener Berufslehren zu ermöglichen. Eine Garantie, die gesamte Lehre im gleichen Betrieb zu absolvieren, kann es nicht geben. Wichtig ist jedoch die Möglichkeit, die Lehre im Falle eines Abbruchs anderswo fortsetzen zu können. Dazu tragen auch die Berufsberatungsstellen bei, indem sie Adressen von Lehrfirmen, die vergleichbare Ausbildungsplätze anbieten, vermitteln. Durch Information und persönliche Beratung unterstützen sie die Lehrlinge bei der Suche nach alternativen Lösungen. Falls erforderlich werden die Jugendlichen darüber hinaus bis zu einem Neueinstieg aktiv begleitet.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi